



08.03.2010: Die französische kommunistische Tageszeitung "Humanité" veröffentlichte am 20. Februar das nachfolgende, geringfügig gekürzte Interview mit **Malalai Joya**. Die 31-Jährige lebt wie ein Flüchtling im eigenen Land. Sie stammt aus der Provinz Farah im Westen Afghanistans. Bei der Parlamentswahl 2005 war sie mit der zweithöchsten Stimmenzahl in dieser Provinz zur jüngsten Abgeordneten des afghanischen Parlaments gewählt worden. Doch im Mai 2007 wurde sie wieder ausgeschlossen - wegen ihrer scharfen Kritik an den 'Warlords' der Nordallianz, an Staatspräsident Karsai, und an der Kriegsführung der USA. Vier Anschläge auf ihr Leben hat sie überlebt. Heute muss sie deswegen unter Personenschutz leben und alle zwei Tage ihren Aufenthaltsort wechseln.

Frage: Die Konferenz von London, die Ende Januar abgehalten wurde, hat Verhandlungen mit den Führern des ehemaligen Taliban-Regimes offiziell zugelassen. Was kann jetzt geschehen?

Malalai Joya: Millionen Dollar sind dem Karsai-Regime zugesagt worden, damit die Aufständischen die Waffen niederlegen sollen, während Millionen Afghanen an Armut sterben. Das wird zur Rehabilitierung der Taliban führen ... Glaubst du, die Demokratie mit solchen Reaktionären einführen zu können? Aber die Taliban sind nicht die einzigen Fundamentalisten. Als die USA und ihre Verbündeten das Regime von Mullah Omar (Taliban-Anführer und Staatschef bis 2001) gestürzt haben, haben sie an seiner Stelle die Nordallianz installiert ... Diese Gruppierung ähnelt in Glaubensdingen den Taliban ... Unter dem Vorwand der nationalen Versöhnung wird den Kriegsherren und anderen bekannten Kriegsverbrechern Immunität gewährt. Diese ehemaligen Kriegsherren haben hohe Posten erhalten, sie sind im Parlament, in den Ministerien und in der Justiz, und sie sind alle korrumpiert. Und jetzt streicht sogar die UNO die Namen ehemaliger Taliban-Führer aus ihrer "schwarzen Liste". Wird mit solchen Handlungen die Zukunft eines Volkes aufgebaut? Oder kann man es wenigstens glauben machen, dass die Coca-Cola-Fabrik, die Präsident Karsai am Stadtrand von Kabul eingeweiht hat, in unserem verarmten Land, in dem Wasser ein wertvolles Lebensmittel ist, ein Symbol der Wohltaten des westlichen Fortschritts ist?

Frage: Sie sind 2005 ins Parlament gewählt worden. 18 Monate später wurden sie daraus ausgeschlossen - warum?

Malalai Joya: Bei der Eröffnungszeremonie des Parlaments habe ich dem afghanischen Volk "mein Beileid" ausgedrückt. Das hat offenbar vielen Abgeordneten nicht gefallen, die sich darüber beklagten, beleidigt worden zu sein. Es waren diese Kriegsherren, die meinen Ausschluss verlangten. Ich hatte daran erinnert, dass sie während des Bürgerkriegs von 1992 bis 1996 Kabul geplündert haben und für den Tod zehntausender Menschen verantwortlich sind. Ich habe gesagt, dass sie vor einen internationalen Gerichtshof gestellt werden müssten. Ich habe auch die Korruption angeprangert, die von den Milliarden gespeist wird, die von der internationalen Gemeinschaft im Namen des Wiederaufbaus überwiesen werden ... Ich wurde als Kommunistin und Ungläubige behandelt - höchste Beschimpfungen in ihren Augen. Schließlich habe ich in einem TV-Interview das Parlament mit einem Zoo verglichen - schlimmer als ein Stall, denn dort gibt es wenigstens Tiere, die zu was nütze sind.

Frage: Wozu werden die von Obama angekündigten Truppenverstärkungen dienen?

Malalai Joya: Der Krieg zielt nicht darauf ab, Demokratie und Gerechtigkeit zu bringen oder die Terroristengruppen ihrer Wurzeln zu berauben. Er hat dazu gedient, die Besatzung zu verewigen, Militärbasen einzurichten und die Herrschaft über die Region zu behalten, in der es große Naturressourcen gibt. Obama ist wie Bush, sogar schlimmer, weil er den Krieg intensiviert und ihn nach Pakistan ausweitet. Die US-Regierung hält eine gefährliche Situation aufrecht, um länger in Afghanistan bleiben und so leichter die benachbarten Staaten wie Iran, Pakistan, Russland und Usbekistan überwachen zu können ...

Frage: Das Schicksal der Frauen unter dem Taliban-Regime hat am Ende die internationale öffentliche Meinung stark erschüttert. Wie steht es heute damit?

Malalai Joya: Die afghanische Verfassung enthält Bestimmungen über die Rechte der Frauen. Ich war eine der Delegierten, die bei der Loya Jirga im Jahr 2003 stark auf deren Aufnahme gedrängt haben. Aber diese Versammlung war durch den starken Einfluss der Fundamentalisten gekennzeichnet, mit denen Karsai und der Westen Kompromisse gemacht haben. Der Verfassungstext kann leicht die Gleichheit zwischen Männern und Frauen verkünden: Das Land wird nach der Scharia regiert. Die angebliche Demokratie der Verfassung wird systematisch mit Füßen getreten. Sie dient nur dazu, den Anspruch auf die Gelder der internationalen Hilfe geltend zu machen, die generell unterschlagen werden.

Afghanistan ist heute ein Land, in dem Frauen, oft Mädchen von 14 oder 15 Jahren, die wegen extremer Gewalttaten aus der ehelichen Wohnung flüchten, als kriminell angesehen und eingesperrt werden. Es lässt sich sicherlich eine Rückkehr von Mädchen in die Schulen feststellen, aber die Zahlen berücksichtigen nicht die große Anzahl derjenigen, die sie aufgeben wegen der Bedrohung ihrer Sicherheit und familiärem Druck, zu heiraten.

Selbstmord ist zur letzten Waffe verzweifelter junger Frauen geworden, die darum wissen, dass es Alternativen gibt, aber auch, dass sie darauf niemals Anspruch haben werden.

Frage: Was sind diese Alternativen?

Malalai Joya: Alle ausländischen Truppen müssen abziehen und die Milizen der Kriegsherren aufgelöst werden. Demokratie kann nicht errichtet werden durch eine Besatzung, die nichts erreicht als die Talibanisierung meines Landes zu erweitern und zu verstärken. Und es ist mein Volk, das darunter leidet. Wenn die Vereinigten Staaten und die Truppen der NATO, die unser

Die Nato-Kumpanei mit den Reaktionären wird Afghanistan nicht befreien

Kategorie: Im Interview

Veröffentlicht: Montag, 08. März 2010 14:41

Land besetzt halten, Afghanistan nicht innerhalb einer vernünftigen Frist freiwillig verlassen, werden sie mit noch mehr Widerstand seitens der Afghanen konfrontiert sein. Die westlichen Regierungen wollen absichtlich nicht sehen, dass es Leute gibt, die dafür kämpfen, ihr Land in Frieden und Sicherheit wieder aufzubauen, unter Achtung der Rechte eines jeden und einer jeden.

Demokratische Parteien und Vereinigungen kämpfen meistens in der Illegalität. Vergessen wir nicht, dass die Verfassung die Existenz von weltlichen Parteien, die sich nicht auf den Koran beziehen, verbietet. Die Studentendemonstrationen gegen die jüngsten Bombenangriffe haben ebenso wie die Proteste hunderter Frauen im vergangenen Monat in Kabul den Weg zu echter Demokratie in Afghanistan gezeigt.

Es gibt viele Heldinnen und Helden im Verborgenen. Sie kämpfen in ihren Städten und Dörfern. Warum will kein westlicher Führer die Existenz fortschrittlicher Kräfte anerkennen, die auftauchen und eine echte Rolle spielen könnten? Ich verliere nicht die Hoffnung. Wir brauchen die Hilfe der westlichen öffentlichen Meinung, und im Lauf meiner Reisen erlebe ich, dass sie in Bewegung kommt. Es gab Demonstrationen gegen die Entsendung von Truppenverstärkungen, man glaubt nicht mehr an einen "gerechten Krieg". Der Druck muss stärker werden, um die kriegsbefürwortenden Regierungen zum Nachgeben zu bringen.

Bereits in einem im September 2009 veröffentlichten Interview mit der Internetplattform "Quantara" hatte Frau Joya zur Intervention von USA und NATO gesagt:

"Die USA haben Afghanistan im Namen des Krieges gegen den Terror besetzt. Aber tatsächlich haben sie mit der Nordallianz Terroristen an die Macht befördert, die schlimmer sind als die Taliban ... Es gibt Alternativen, die viel weniger blutrünstig wären. Der erste Schritt ist, die ehemaligen Kriegsherren zu entwaffnen und politisch zu entmachten. Ihre Privatmilizen sollten komplett beseitigt werden, und sie sollten bestraft werden für all ihre Kriegsverbrechen aus der Vergangenheit.

Nach UN-Angaben ist Afghanistan weltweit der größte Produzent von aus Mohn gewonnenem Opium. Der Umsatz macht mittlerweile fast die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts aus. Eine weltliche, demokratische und unabhängige Regierung sollte etabliert werden. Solange fundamentalistische Gruppierungen als politische und militärische Kräfte die Macht im Parlament haben, und diese auch noch vom Westen unterstützt werden, wird es keinen Frieden geben ... Demokratie und Freiheit sind kein Blumenstrauß, den man einer Nation einfach so überreichen kann. Es gibt Werte, die nur durch die Anstrengungen des Volkes selbst zurückgewonnen werden können."

Aus UZ Nr. 9 - 5.3.2010